54. Jahrgang. № 334. Donnerstag, 2. Dezember 1909.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Bezugsgebühr vierteljährl. für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung (an Sonn- und Montagen nur einmal) 2.50 Mk., durch auswärtige Kommissionäre 3.50 Mk. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3.50 (ohne Bestellgeld). Die den Lesern von Dresden u. Umgebung am Tage vorher gestellten Abend-Ausgaben erhalten die auswärtigen Bezieher mit der Morgen-Ausgabe zusammen zugestellt. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresd. Nachr.") zulässig. — Unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

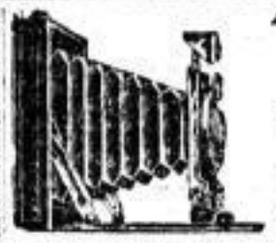
Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 • 2096 • 3601.

Anzeigen-Tarif: Annahme von Ankündigungen bis nachm. 3 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 38 von 11 bis ½1 Uhr. Die einspaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 25 Pf. Familien-Nachrichten aus Dresden 20 Pf. Geschäftl. Anzeigen auf der Privatseite (jede 30 Pf.), die zweispaltige Zeile a. Textseite 60 Pf. — In Nummern nach Sonn- u. Feiertagen die einspaltige Grundzeile 30 Pf., auf Privatseite 40 Pf., Familien-Nachrichten a. Dresden die Grundzeile 15 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Belege werden jedesmal extra berechnet.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

Lobeck & Co. Hoflieferanten Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen. | **Chocoladen, Cacaos Desserts.** Einzelverkauf: Dresden, Altmarkt 2.

Julius Schädlich Am See 16, part. u. I. Et. **Beleuchtungs-Gegenstände** für Gas, elektr. Licht, Petroleum, Kerzen.



Amateur-Photographie **Cyko-Papier** Modernes Matt-Gaslichtpapier. Allein-Verkauf **Carl Plaul,** Königl. u. Prinzl. Hofl. Wallstr. 25.

Glaswaren jeder Art aus den bedeutendsten Glashütten des In- und Auslandes empfehlen in reichhaltiger Auswahl **Wilh. Rihl & Sohn,** Inh. Richard Rihl, Königl. Sächs. Hoflieferant. Neumarkt 11. Fernsprecher 1277. Waisenhausstr. 18

Rönisch Pianos K. S. Hoflieferant • Magazin: Dresden, Waisenhausstrasse 24.

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Kühl, veränderlich.

Bei den gestrigen Stadtverordneten-Ergänzungswahlen der zweiten Altersklasse wurden vier konservative, zwei nationalliberale, zwei Wahlvereinigungs- und fünf sozialdemokratische Kandidaten gewählt. Heute finden in Dresden von 10 bis 4 Uhr die **Stadtverordneten-Ergänzungswahlen der ersten Altersklasse,** also der Bürger, die am 18. November 1909 länger als 10 Jahre das Dresdner Bürgerrecht besaßen, statt.

In der gestrigen Etatdebatte der Zweiten Kammer sprachen noch die Minister Graf Vitzthum v. Eckstädt, Dr. v. Rüger, Dr. v. Otto und Dr. Beck, sowie die Abgeordneten Dürr, Biener, Bauer, Opitz und Fleißner.

Das englische Oberhaus hat die Budgetvorlage der Regierung mit 350 gegen 75 Stimmen abgelehnt.

König Peter von Serbien wird im Januar 1910 dem russischen Hofe einen Besuch abstatten.

In Montenegro wurden wegen Hochverrats ein Leutnant und vier seiner Genossen standrechtlich erschossen.

Harrimans Nachlaß wird auf 149 Millionen Dollars geschätzt.

Der leitende Staatsmann und die auswärtige Lage.

Es ist noch heute eine offene Frage, welche Grundsätze und Anschauungen für den Mann bestimmend sein werden, dem seit einem halben Jahre die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten übertragen worden ist. Eine Besorgnis kann kurzerhand entkräftet werden. Die Besorgnis nämlich, daß ein wenn auch unter den obwaltenden Umständen entschuldbarer Mangel in der Beherrschung der Materie Herrn v. Bethmann-Hollweg die Wahrnehmung der auswärtigen Geschäfte, so wie er selbst als ungemein zuverlässiger und pflichttreuer Beamter sie verstanden wissen will, erschweren würde. Herr v. Bethmann-Hollweg genießt den Ruf eines überaus fähigen und fleißigen Staatsmannes, der seinesgleichen in deutschen Landen sucht. Wer seine politische Tätigkeit auch nur so weit kennt, wie sie bisher im Reichstage und im preußischen Abgeordnetenhause an die Oeffentlichkeit gedrungen ist, kann nicht einen Augenblick bezweifeln, daß alles, was ihm in auswärtigen Fragen zu wissen not tut, längst sein sicheres, gründlich verarbeitetes geistiges Eigentum geworden ist und, in abgeklärtem, kühl abwägendem Urteil zusammengefaßt, im Strom der Weltereignisse einen politischen Charakter gebildet hat, der sich auch den Aufgaben der äußeren Politik gewachsen fühlt. Gleichwohl erhält sich, besonders in der Auslandspresse, die Verdächtigung, daß der Kaiser noch immer den Ehrgeiz habe, sein eigener Kanzler zu sein, und daß er es in der auswärtigen Politik jetzt mehr als je sein wolle. Abgesehen davon, daß seit den November-Ereignissen des vorigen Jahres jeder Anlaß fehlt, der eine derartige Annahme sachlich rechtfertigen könnte, abgesehen auch davon, daß der Schlußpassus der Thronrede eine ganz andere Tendenz herausfühlen läßt, bietet die Persönlichkeit des leitenden Staatsmannes volle Gewähr, daß er nicht den wichtigsten Teil seiner Stellung als ein Amt behandeln läßt, dessen eigentliche Bürde, aber auch Ehre und Verantwortung ein anderer trägt. Nichts wäre törichter, als etwa die Zurückhaltung, die der Reichskanzler seit seinem Amtsantritt beobachtet, sei es als erzwungene Notwendigkeit, sei es als Mangel an Selbständigkeit und eigener Energie deuten zu wollen. Herr v. Bethmann-Hollweg hat sicherlich, als er dem an ihn ergangenen Rufe Folge leistete, auch diesen Umstand nicht aus dem Auge gelassen. Der Mann, der sich und sich allein die Kraft zutraut, in das Chaos der innerpolitischen Verhältnisse Ordnung zu bringen und die durch Parteihader, Verärgerung und Rachsucht versperrte Bahn des Parlamentarismus für ersprießliche, staatserhaltende, das Gemeinwohl fördernde Arbeit frei zu machen, wird auch an die Aufgabe, das Reich nach außen zu vertreten, sein bestes Wollen und Können setzen. Und wie Fürst Bülow seinerzeit, als er die schwere Aufgabe der Vermittlung zwischen Kaiser und Nation übernahm, sich der Zustimmung und des Beistandes der bundesstaatlichen Vertretung versicherte, hat Herr v. Bethmann-Hollweg noch vor der Eröffnung des Reichstages Gelegenheit genommen, im Bundesrats-Ausschusse für auswärtige Angelegenheiten den leitenden Ministern von Bayern, Sachsen und Württemberg und den anderen beiden bundesstaatlichen Bevollmächtigten Mitteilung über den Gang der auswärtigen Politik zu machen. In der Presse sind an diesen Vorgang allerlei, zum Teil abenteuerliche Vermutungen geknüpft worden. Die Verhandlungen waren naturgemäß vertraulicher Natur; also beruht alles, was über ihren Gegenstand und ihr Ergebnis „berichtet" wurde, lediglich auf Kombination. Was von dem, worüber der Kanzler Vortrag gehalten hat, für die Oeffentlichkeit bestimmt ist, wird dem Reichstage bei der ersten passenden Gelegenheit, voraussichtlich also im Laufe der ersten Lesung des Etats, mitgeteilt werden. Die Bedeutung des Vorganges liegt in einer anderen Richtung: sie liegt darin, daß Herr v. Bethmann-Hollweg, ehe er vor den Reichstag tritt, für nötig befunden hat, dem zuständigen Bundesrats-Ausschuß die Grundzüge des Programms der auswärtigen Politik darzulegen und dessen Zustimmung einzuholen. Daß diese Zustimmung in vollem Umfange erteilt wurde, bedarf nicht der ausdrücklichen Versicherung.

So befindet sich Herr v. Bethmann-Hollweg im Besitze eines wertvollen Unterpfandes und Rückhaltes, wenn er im Reichstage in seiner Eigenschaft als verantwortlicher Leiter der äußeren Politik zu sprechen hat. Der Reichstag wird ihm nicht versagen können, was der Bundesrat bereitwillig gewährt hat. Keine Partei des Reichstages, auch nicht die Sozialdemokratie, wird der Regierung den Vorwurf machen können, daß sie nicht getan habe, was in ihren Kräften stand, um die internationale Lage friedlich und freundlich zu gestalten. Unverkennbar ist die deutsche auswärtige Politik darauf gerichtet gewesen, einer Wiederkehr der Kampfstimmung zwischen Deutschland und Frankreich vorzubeugen und im Geiste des Marokko- und des Casablanca-Abkommens die bereits vom Fürsten Bülow eingeleitete Détente-Aktion gegenüber unseren westlichen Nachbarn fortzusetzen. Es wird allerdings abzuwarten sein, ob diese Politik der Mäßigung und, um mit dem französischen Minister Pichon zu reden, der Redlichkeit der deutschen Regierung auf französischer Seite entsprechender Aufrichtigkeit und besserem Verständnis für die berechtigten deutschen Ansprüche begegnen wird. Noch entschiedener betätigt sich der am Schlusse der Thronrede ausgesprochene Entschluß und Wille in der Haltung gegenüber England. Die Worte, die die Admirale von Koester und Seymour in Newyork, die Botschafter Deutschlands und Großbritanniens in den Vereinigten Staaten, die kolonialen Staatsmänner Dernburg und Seely in Liverpool, die der deutsche Botschafter in London und der Präsident der Londoner Handelskammer im Sinne der Erhaltung freundlicher Beziehungen zwischen Deutschland und Großbritannien gesprochen haben, sind gerade jetzt, wo die englische Nation vor Entscheidungen von unabsehbarer Tragweite steht, außerordentlich wertvoll und bedeutsam. Innerhalb des Dreibundes haben die neuen, nunmehr auch nach Osten übergreifenden Rückversicherungs-Bestrebungen Italiens eine gewisse Verstimmung eintreten lassen. Es ist aber wohl zu hoffen — und man darf dabei gewiß auf die engen persönlichen Beziehungen des in Rom lebenden Fürsten Bülow zu leitenden italienischen Persönlichkeiten zählen — daß für Italien, wenn die Frage der Erneuerung des Dreibundes aktuell wird, die großen Gesichtspunkte, die angesichts der politischen und wirtschaftlichen Vorteile, die der Dreibund allen seinen Mitgliedern gebracht hat, für das Verbleiben in dieser Allianz sprechen, den Ausschlag geben werden. In dem Verhältnis Deutschlands zu Oesterreich-Ungarn sind zwei besonders charaktervolle Noten hervorgetreten: die intime Freundschaft zwischen Kaiser Wilhelm und dem österreichischen Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand und die Sanktionierung der deutschen Schutzgesetze durch Kaiser Franz Joseph. Der demonstrative Dank, den die Thronrede abstattet, tritt ergänzend hinzu.

Der Kundige und Feinfühlige wird in dieser flüchtigen Skizze der auswärtigen Lage einen bestimmten, wenn auch noch so leise klingenden Grundton nicht überhören können. Es ist derselbe Grundton, der aus folgenden Sätzen in Bismarcks Gedanken und Erinnerungen spricht: „Wir sollten uns bemühen, die Verstimmungen, die unser Heranwachsen zu einer wirklichen Großmacht hervorgerufen hat, durch den ehrlichen und friedliebenden Gebrauch unserer Schwerkraft abzuschwächen, um die Welt zu überzeugen, daß eine deutsche Hegemonie in Europa nützlicher und unparteiischer, auch unschädlicher für die Freiheit anderer wirkt als eine französische, russische oder englische. Mein ideales Ziel, nachdem wir unsere Einheit innerhalb der erreichbaren Grenzen zustande gebracht hatten, ist stets gewesen, das Vertrauen nicht nur der mindermächtigen europäischen Staaten, sondern auch der großen Mächte zu erwerben, daß die deutsche Politik, nachdem sie die injuria temporum, die Zersplitterung der Nation, gutgemacht hat, friedliebend und gerecht sein will." Diese weitgehende Uebereinstimmung mit der Auffassung des größten deutschen Staatsmannes deutet auf eine Handhabung der auswärtigen Politik hin, die ebensosehr der nationalen Ehre, wie den wohlverstandenen Interessen des deutschen Volkes entspricht. Eine solche Politik ist dem Parteihader entrückt, weil sie über allen Parteien steht. Alle Parteien können ihr rückhaltlos und unbedenklich Unterstützung gewähren. Dazu ist vor allem erforderlich, daß die Wehrkraft des Deutschen Reiches auf der den Bedürfnissen entsprechenden Höhe gehalten wird. Es ist durchaus zutreffend, wenn der englische Generalmajor Sir A. E. Turner anläßlich der Erörterung der Abrüstungsfrage im Novemberheft der „Deutschen Revue" aussprach: „Jede Verminderung von Deutschlands Macht würde viel eher geeignet sein, einen Krieg hervorzurufen als den Frieden zu erhalten." Wenn die deutsche Volksvertretung demgemäß in den Fragen der auswärtigen Politik vollkommen geschlossen hinter der Regierung steht, wird ein solches Verhalten auf unsere Beziehungen zum Auslande, aber auch für die innere noch immer ungeklärte und mit mancherlei Konfliktsstoffen erfüllte Lage nicht ohne günstige Wirkungen bleiben können.

Neueste Drahtmeldungen

vom 1. Dezember.

Deutscher Reichstag.

Berlin. (Priv.-Tel.) In der Geschäftsordnungsdebatte über den Antrag von Normann auf Aussetzung der **Wahl des 2. Vizepräsidenten** und Vornahme der Schriftführerwahl weisen Abgg. Dr. Müller-Meiningen (Freis. Volksp.) und Bassermann (natl.) darauf hin, daß nach der Geschäftsordnung der Wahl der Präsidenten die des Schriftführers zu folgen habe. Werde die Schriftführerwahl vorgenommen, ehe der 2. Vizepräsident gewählt sei, so sei das also ein Verstoß gegen die Geschäftsordnung. — Abgg. Gröber (Zentr.) und Dietrich (kons.) widersprechen dieser Auffassung. Die Tatsache, daß die Wahl des Abg. Dr. Paasche zum 2. Vizepräsidenten erfolgt sei, genüge. Die Schriftführerwahl sei schon sehr oft vorgenommen worden, wenn eine Annahmeerklärung noch in der Schwebe gewesen sei. — Abg. Graf Praschma verweist auf Präzedenzfälle aus den Jahren 1879/81, wo auch eine nachträgliche Ablehnung einer Wahl in das Präsidium den Fortgang der Geschäfte, ja sogar den Eintritt in sachliche Beratungen nicht behindert habe. Der erste Teil des Antrags von Normann: Vertagung der Wahl des 2. Vizepräsidenten bis übermorgen wird in namentlicher Abstimmung mit 220 gegen 90 Stimmen bei 42 Stimmenthaltungen angenommen, worauf Präsident Graf Stolberg mitteilt, daß der zweite Teil des Antrags von Normann, jetzt zur Schriftführerwahl zu schreiten, zurückgezogen ist. (Heiterkeit.) Schluß gegen 4½ Uhr. — Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr: Wahl des 2. Vizepräsidenten und der Schriftführer. Erste Beratung des Handelsprovisoriums mit England und des Reliktenfürsorgenotgesetzes.

Berlin. (Priv.-Tel.) Auch die Reichspartei hat es abgelehnt, den zweiten Vizepräsidenten des Reichstages zu stellen. Es heißt, daß nun das Mitglied der Wirtschaftlichen Vereinigung Abg. v. Damm für diesen Posten seitens der Mehrheitsparteien ins Auge gefaßt sei.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der Vertrag über die Unterhaltung von Postdampfschiff-Verbindungen mit Deutsch-Neuguinea vom 2. Juli 1909 ist dem Reichstag zugegangen. Nach dem Vertrage verpflichtet sich der Norddeutsche Lloyd, seine Verbindungen mit der Kolonie zu erweitern und eine vierwöchentliche Verbindung zwischen Simpsonhafen und Hongkong—Sidney, mit Anlaufen von Friedrich Wilhelmshafen und Jap, und eine achtwöchentliche Verbindung zwischen Neuguinea—Singapure einzurichten. Zwischen Simpsonhafen und allen wichtigeren Häfen des Bismarck-Archipels wird ein dreimonatlicher Tafeldienst unterhalten. Die Vergütung beträgt 770 000 Mark und kann bei ausgefallenen Tagen gekürzt werden.

Haag. Als Sondergesandter Venezuelas ist Dr. Carlos Griganti hier eingetroffen, um mit der Regierung wegen der Beilegung ihrer Differenzen mit Venezuela zu verhandeln.

Kieler Werftprozeß.

Kiel. (Priv.-Tel.) Der Staatsanwalt beantragte, die bezüglich der Angeklagten Frankenthal und Hermann Jakobsohn gestellten Schuldfragen zu bejahen, unter Versagung mildernder Umstände. „Diese beiden Herren haben so große Vorteile aus den Geschäften gehabt und so großes Unglück angerichtet, daß die Sache kaum milde beurteilt werden kann." Bei den Angeklagten Riecken und Brakel beantragt der Staatsanwalt die Verneinung aller Schuldfragen.

Der englische Finanzkonflikt.

London. (Priv.-Tel.) Das Kabinett ist heute vormittag zusammengetreten. Wie man glaubt, handelt es sich um Maßnahmen betreffend eine Vertagung des Parlaments in dieser Woche.

Trinkt Pfunds Milch!